



Stadtsparkasse Rheine

**Bericht zum
Geschäftsjahr 2010**

158. Geschäftsjahr

Stadtsparkasse Rheine

Anstalt des öffentlichen Rechts

Geschäftsstellen

HAUPTSTELLE		Kardinal-Galen-Ring 33
GESCHÄFTSSTELLE 1	„Emstor“	Osnabrücker Straße 69
GESCHÄFTSSTELLE 2	„Dorenkamp“	Windthorststraße 31
GESCHÄFTSSTELLE 3	„Südesch“	Hemelter Straße 77
GESCHÄFTSSTELLE 4	„Schotthock“	Bonifatiusstraße 81 - 83
GESCHÄFTSSTELLE 5	„Eschendorf“	Osnabrücker Straße 272
GESCHÄFTSSTELLE 6	„Wietesch“	Salzbergener Straße 100
GESCHÄFTSSTELLE 11	„Mesum“	Alte Bahnhofstraße 13 a
SB-GESCHÄFTSSTELLE	„Altenrheine“	Lambertiring 2
SB-GESCHÄFTSSTELLE (Kooperationsgeschäftsstelle)	„Westpark“	Felsenstraße 3
SB-GESCHÄFTSSTELLE (Kooperationsgeschäftsstelle)	„Hauenhorst“	Mesumer Straße 23
SB-GESCHÄFTSSTELLE (Kooperationsgeschäftsstelle)	„Elte“	Ludgerusring 39

Der Träger der Sparkasse ist die Stadt Rheine. Die Sparkasse ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Westfalen-Lippe (früher Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband) in Münster und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Bonn, angeschlossen.

LAGEBERICHT

Sparkasse

Gründung und Sitz Die Stadtparkasse Rheine mit Sitz in Rheine wurde im Jahr 1852 gegründet.

**Handelsregister-
eintragung** Das Unternehmen ist beim Amtsgericht Steinfurt unter der Nr. A 3488 im Handelsregister eingetragen.

**Rechtsform und
Verbandszugehörigkeit** Die Sparkasse ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Pflichtmitglied des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn, angeschlossen.

Träger Träger des Instituts ist die Stadt Rheine.

**Satzungsrechtliches
Geschäftsgebiet** Geschäftsgebiet ist das Gebiet der Stadt Rheine, des Kreises Steinfurt sowie das Gebiet der angrenzenden Kreise.

**Mitgliedschaft im
Einlagensicherungs-
system** Das Unternehmen ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe. Das aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen bestehende überregionale Sicherungssystem gewährleistet, dass im Bedarfsfall ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um die Forderungen der Kunden und auch das Institut selbst zu schützen. Daneben besteht für die Sparkassen in Westfalen-Lippe zusammen mit der WestLB AG und der Westdeutschen ImmobilienBank AG, Mainz, ein zusätzlicher Reservefonds auf regionaler Ebene.

Geschäftsstellen Die Sparkasse ist in ihrem Geschäftsgebiet an insgesamt 12 Standorten vertreten. Davon sind vier SB-Geschäftsstellen, von denen drei in Kooperation mit der Volksbank Nordmünsterland eG betrieben werden.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2010

**Gesamtwirtschaftliche
Entwicklung** Die Weltwirtschaft hat sich nach dem starken Einbruch des Vorjahres in 2010 nicht nur überraschend schnell, sondern auch kräftig erholt. Die Weltproduktion erreichte wieder das Niveau vor der Finanzkrise. Als Treiber der sich ab Mitte 2009 abzeichnenden Stabilisierung und anschließenden Expansion erwiesen sich neben China die aufstrebenden Volkswirtschaften der Schwellenländer Asiens, wie auch Nationen in Südamerika, insbesondere Brasilien.

Im Gegensatz dazu konnten die meisten Industrieländer das Niveau vor der Krise noch nicht wieder erreichen. Die Erholungsphase stand hier unter den belastenden Einflüssen der Problembereiche Finanzsektor, Immobilien, Arbeitsmarkt und Staatsverschuldung. Vor allem die in Verbindung mit den Rettungsmaßnahmen für die Finanzwirtschaft stark gestiegene öffentliche Verschuldung und die daraus resultierenden Konsolidierungsmaßnahmen übten bremsende Effekte auf die Konjunktur der Industrienationen aus.

Das gilt gleichermaßen für die wirtschaftliche Entwicklung im Euro-Raum, wobei hier jedoch eine Konjunktur der stark unterschiedlichen Geschwindigkeiten zwischen einzelnen Nationen zu beobachten war. Denn die peripheren Länder im Süden und Westen der EU standen bei ihrem Bemühen, die hohen Budgetdefizite deutlich zurückzuführen zu müssen, vor besonderen Herausforderungen. Die der Haushaltskonsolidierung dienenden Sparanstrengungen dämpften die inländische Konsum- und Investitionsnachfrage weiter. Die wirtschaftliche Entwicklung im Euro-Raum wurde von der auffallend guten Konjunktur in Deutschland getragen.

**Wirtschaftliche
Entwicklung in
Deutschland** Die deutsche Wirtschaft schaffte in 2010 ein glänzendes Comeback und hat sich mit einem Wachstum von 3,6 % (2009: - 4,7 %) aus der tiefsten Rezession seit 1945 geradezu herauskatapultiert. Damit verlief der Erholungsprozess erheblich schneller, als von Fachleuten erwartet.

Die Impulse für die kräftige Ausweitung des BIP kam mit 2,5 % zu gut 2/3 aus der Binnennachfrage, dabei vorrangig von Seiten der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen. Auch der private Konsum drehte mit 0,5 % ins Plus (2009: - 0,2 %). Der Exportüberschuss trug mit 1,1 % zu der positiven Entwicklung bei. Exporte und Importe stiegen mit 14,2 % bzw. 13,0 % zweistellig.

Auf dem Arbeitsmarkt konnte durch das gezielte Zusammenwirken der Tarifparteien und der Politik in erster Linie mit den Instrumenten der Kurzarbeit und der Arbeitszeitkonten zunächst der wirtschaftliche Einbruch abgefedert und danach das anspringende Wachstum ohne Verzögerungen bewältigt werden. Das sicherte nicht nur viele Beschäftigungsverhältnisse, sondern die Arbeitslosenquote lief im Jahresverlauf von 7,8 % auf 7,2 % zurück und die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Herbst auf über 41 Millionen.

Die Inflationsrate blieb allerdings nicht auf ihrem niedrigen Stand, sondern erhöhte sich im Jahresdurchschnitt auf 1,1 % (2009: 0,4 %). Sie lag aber unter der für die Geldpolitik wichtigen Marke von 2 %. Die Tendenz zum Jahresende 2010 deutete jedoch im Dezember mit 1,7 % auf einen weiteren Anstieg hin.

Finanzmärkte und Kreditwirtschaft

In 2010, dem dritten Jahr der Finanzmarktkrise, blieben die Leitzinssätze im Euro-Raum und in Nordamerika unverändert. Allerdings sahen sich die Zentralbanken, insbesondere die EZB, die FED und die chinesische Nationalbank in ihren jeweiligen Wirtschaftsräumen unterschiedlichen Herausforderungen gegenüber, die zu divergierenden Maßnahmen führten und einer Harmonisierung der Geldpolitik der G7 im Wege standen.

Im Zuge der Aufhellung der Finanzmärkte unternahm die EZB zu Jahresbeginn 2010 zunächst einen ersten Rückzugsversuch aus ihrer unkonventionellen expansiven Geldpolitik. Als sich im Mai 2010 die Einschätzungen der Lage, insbesondere für die griechischen Staatsfinanzen, deutlich verschlechterte, mussten diese Maßnahmen teilweise zurückgenommen werden. Darüber hinaus hat die EZB im Zuge der Krise der Staatsfinanzen in den europäischen Peripheriestaaten ein Wertpapierprogramm aufgelegt. Insgesamt hatten die nationalen Zentralbanken des Eurosystems Ende 2010 Staatsanleihen der Krisenländer von 63,5 Mrd. € in ihren Büchern. Ob der zuvor aus Gründen der Unabhängigkeit vermiedene Ankauf solcher Papiere die Glaubwürdigkeit der EZB beeinträchtigt hat, bleibt abzuwarten.

Grundzüge der regionalen Wirtschaftsentwicklung im Geschäftsgebiet der Sparkasse

Nach den Erkenntnissen der IHK Nord Westfalen sind die Unternehmen im Münsterland mit großer Zuversicht in das neue Jahr gestartet. Gegenüber dem Spätsommer 2010 hat sich die Stimmung nochmals verbessert. Dabei kommen positive Urteile inzwischen aus allen Branchen, ausgenommen der Bauwirtschaft, wo sich die Stimmung deutlich gedreht hat.

Der Indikator der IHK für das Konjunkturklima ist erneut gestiegen, und zwar auf 132,5 Punkte und damit auf langjährigen Höchststand. Das ist ein deutlicher Hinweis auf die grundlegend positive Stimmung in der Wirtschaft dieser Region. Sowohl bei der Bewertung ihrer augenblicklichen Situation wie auch der Geschäftsaussichten sind die Unternehmen überwiegend positiv gestimmt. Besonders freundlich ist die derzeitige Situation in der Industrie, die vom Exportboom der letzten Jahre stark profitiert hat. Die bemerkenswerte Zuversicht dürfte in dem konjunkturellen Nachlauf liegen, der besonders von den Zulieferbetrieben am Ende der Wertschöpfungskette geprägt ist.

Bei allem Optimismus sehen die Unternehmen die Risiken, die einen guten Konjunkturverlauf im Jahr 2011 gefährden könnten. Dabei stehen an erster Stelle die Energie- und Rohstoffpreise, an zweiter Stelle die Inlandsnachfrage und anschließend die Arbeitskosten. Finanzierung, Wechselkurse und Auslandsnachfrage sind als latente Risiken in den Hintergrund getreten. Aber selbst, wenn die Weltkonjunktur stärker abkühlen sollte als erwartet, gehen die Unternehmen davon aus, dass die Dynamik des Aufschwungs ausreichen wird, um auch in 2011 für ein erfreuliches Wachstum zu sorgen.

Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2010

Infolge der Finanzkrise stand die Kreditwirtschaft wie bereits im Vorjahr auch 2010 unter immensem Regulierungsdruck, um neue bzw. geänderte Gesetze sowie bankaufsichtlicher Vorgaben sowohl inhaltlich als auch fristgerecht umzusetzen. Das betraf mit der MaRisk-Novelle 2009, den neuen Mindestanforderungen an Compliance sowie der geänderten EU-Bankenrichtlinie und -Kapitaladäquanzrichtlinie (CRD II) die innere Organisation der Institute. Durch die Änderung der Vorgaben zur Dokumentation der Beratung im Wertpapiergeschäft und aktualisierter Vorschriften zum Verbraucherkreditrecht war das direkte Kundengeschäft jedoch gleichermaßen berührt. Außerdem wurden die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme neu formuliert.

Neben der Implementierung dieser neuen Vorgaben in die Organisation und die Arbeitsabläufe war eine Vielzahl interner Schulungen bzw. Seminare erforderlich, um die Mitarbeiterschaft für die Änderungen sowie die neuen Aufgaben zu sensibilisieren und auszubilden.

Die erreichte Position der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Regulierung ist jedoch nur ein Zwischenstand, denn für 2011 und die folgenden Jahre ist absehbar, dass weitere elementare Änderungen von Vorschriften für das Kreditgewerbe in Kraft treten. Von besonderer Bedeutung dürften hier die neuen Eigenkapitalvorschriften in Verbindung mit Basel III sein.

Geschäftspolitische Strategie der Sparkasse

Darstellung des Unternehmenszwecks unter Beachtung des öffentlichen Auftrags gem. § 2 SpkG

Die Sparkasse ist ein Wirtschaftsunternehmen in öffentlicher Trägerschaft mit der Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft, insbesondere des satzungsrechtlichen Geschäftsgebiets und des Trägers, zu dienen. Vornehmlich werden der Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise mit Krediten ausgestattet.

Die Geschäfte werden unter Beachtung des öffentlichen Auftrags nach kaufmännischen Grundsätzen geführt. Die Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebs.

Geschäftsverlauf im Jahr 2010

Beurteilung des Geschäftsverlaufs insgesamt

Die positive Entwicklung der Sparkasse setzte sich wie im Vorjahr auch unter zunächst noch schwierigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen fort. Durch den Einfluss der konjunkturellen Erholung wurde sie in 2010 mitgetragen und verstärkt. Dieser Einfluss machte sich insbesondere durch das deutliche Wachstum der Forderungen gegenüber Kunden bemerkbar. Der erneute Zuwachs im Einlagengeschäft erreichte zwar nicht den Vorjahreswert, blieb aber über dem mehrjährigen Durchschnitt. Das Wertpapiergeschäft mit Kunden zeigte zunächst wechselnde Entwicklungen. Seit dem Beginn des vierten Quartals 2010 ist die Entwicklung eindeutig positiv. Das Verbundgeschäft blieb intensiv, so dass die Ziele insgesamt erreicht werden konnten. Struktur- sowie Volumeneffekte bei der Refinanzierung der Sparkasse sorgten für eine weitere Verbesserung der Ertragslage, wie sich aus den Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung erkennen lässt.

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Das Wachstum der beiden Kundengeschäftspositionen Forderungen und Verbindlichkeiten war ursächlich für die Erhöhung der Bilanzsumme um 23,6 Mio. € (2,2 %) auf 1.106,5 Mio. €. Mit 45,0 Mio. € (4,0 %) stieg auch das Geschäftsvolumen, das sich unter Einbeziehung der Eventualverbindlichkeiten und anderer Verpflichtungen errechnet.

Kreditgeschäft

Nach Berücksichtigung der Neuvaluierungen, der Regel- und Sondertilgungen erhöhte sich das Volumen der gesamten Kreditinanspruchnahmen auf 636,7 Mio. €. Es ist damit um 19,3 Mio. € (3,1 %) gewachsen und lag deutlich über dem angestrebten Budgetwert.

	<p>Das im Vergleich zum Vorjahr wesentlich lebhaftere Darlehns­geschäft wurde von Zusagen in einem Umfang von 139,5 Mio. € getragen. Es entsprach einem Plus von 38,6 Mio. €, das sich gleichmäßig auf private und gewerbliche Kunden verteilt. Dabei hat die Sparkasse allen vertretbaren Kreditwünschen entsprochen. Der Bilanzsummenanteil der Kundenforderungen bewegte sich mit 56,0 % etwas über dem letztjährigen Niveau.</p>
Wertpapiere	<p>Bei den eigenen Anlagen in Wertpapieren erhöhte sich das Volumen nach Zukäufen, Umschichtungen und Fälligkeiten um 38,7 Mio. € auf 300,3 Mio. €. Neben Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Papieren hat die Sparkasse in einen Wertpapierspezialfonds und in nicht festverzinsliche Titel investiert. Der Anteil des Spezialfonds an den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren erhöhte sich auf 85,4 %.</p>
Beteiligungen	<p>Weder in der Bilanzposition selbst noch bei dem Anteil der Beteiligung am Sparkassenverband Westfalen-Lippe (99,7 %) gab es wesentliche Veränderungen. Die Sparkassen sind über den Verband indirekt an verschiedenen Verbundunternehmen der S-Finanzgruppe beteiligt. Das gilt zum Beispiel für die LBS, die Provinzial NordWest, die WestLB AG und die DekaBank.</p>
Anteile an verbundenen Unternehmen	<p>Wie in den Vorjahren wird hier die 100-prozentige Beteiligung an der Immobilien-Zentrum Rheine GmbH Stadtparkasse Rheine ausgewiesen.</p>
Einlagengeschäft	<p>In der Erwartung einer – im Jahresverlauf jedoch ausgebliebenen – Erhöhung der Zinssätze an den Kapitalmärkten investierten die Kunden bei lebhaftem Neugeschäft vorrangig in kurze und mittlere Bindungsfristen bzw. Laufzeiten. Dabei stieg das Gesamtvolumen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, aus verbrieften und aus nachrangigen Verbindlichkeiten um 23,7 Mio. € (3,5 %) auf 697,0 Mio. €; es betraf insbesondere die Produkte S-Vermögenssparen und Sparkassenbriefe.</p>
Interbankgeschäft	<p>Zugunsten der Eigenanlagen in Wertpapieren hat die Sparkasse im Berichtsjahr die Forderungen gegenüber Kreditinstituten um 34,6 Mio. € (19,2 %) auf 145,6 Mio. € deutlich abgebaut und so auf mittlere Sicht positive Zinseffekte gesichert.</p> <p>Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden im Rahmen auslaufender Refinanzierungsvereinbarungen weiter zurückgeführt und durch Kundeneinlagen ersetzt.</p>
Dienstleistungsgeschäft	<p>Die Nachfrage nach Versicherungsprodukten bewegte sich weiterhin auf hohem Niveau. Die Anzahl der vermittelten Verträge stieg auf 1.038, nach 915 im Vorjahr. Ein Schwerpunkt waren weiterhin die Produkte der Lebens- und Rentenversicherung bzw. der Altersvorsorge.</p> <p>Die Zahl der vermittelten Bausparverträge war mit 1.082 (1.117) leicht rückgängig, das korrespondierende Vertragsvolumen belief sich auf 29,6 Mio. € (31,0 Mio. €).</p> <p>Die Auswirkungen der noch nicht ausgestandenen Finanzmarktkrise belasteten auch in 2010 die Aktivitäten der Kunden im Wertpapiergeschäft. Der Umsatz ging nach 54,0 Mio. € im Vorjahr auf 45,8 Mio. € zurück. Der Anteil der Fonds, hier vornehmlich der Deka Bank, betrug 46,5 %. Ende 2010 führte die Sparkasse auf den Konten der Kunden Depotwerte von insgesamt 148,8 Mio. €.</p>
Investitionen	<p>Neben den regelmäßigen Investitionen in IT sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde 2010 die Geschäftsstelle Südesch mit dem Schwerpunkt Verbesserung unseres Beratungs- und Serviceangebotes renoviert. Dies ging einher mit der Anpassung an die aktuellen technischen Notwendigkeiten.</p>

Personalbericht

Am Jahresende 2010 waren insgesamt 237 (2009: 242) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Sparkasse beschäftigt; 212 (218) als bankspezifische Angestellte und 19 (18) als Auszubildende.

Nach Vollzeitkräften gerechnet befanden sich 165,4 (165) Angestellte unter Vertrag. Nach Köpfen fortgeschrieben waren im Jahresdurchschnitt 215 (216) Damen und Herren tätig.

Mit dem erfolgreichen Ablegen der Prüfung schlossen 7 Auszubildende ihre Ausbildung zum Bankkaufmann ab. Auch in 2010 wurde das bestehende hohe Qualifikationsniveau durch berufliche Weiterbildung gesichert und ausgebaut. 166 Angestellte nahmen an entsprechenden Schulungen bzw. Seminaren teil. Ziele der Maßnahmen sind die Stärkung der Beratungs- und Betreuungskompetenz sowie die leistungsorientierte Förderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Vermögenslage

Das Eigenkapital der Sparkasse, das am Jahresende in Form der Gewinnrücklagen und des Fonds für allgemeine Bankrisiken ausgewiesen wird, addiert sich nach Zuführung des Bilanzgewinnes 2009 auf 67,6 Mio. €. Das Institut verfügt daneben über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile im Sinne des KWG und über angemessene stille Reserven.

Die Eigenkapitalanforderungen des KWG und der SolvV wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel, bezogen auf die Summe der Anrechnungsbeträge für Adressrisiken, Marktrisikopositionen und das operationelle Risiko, überschritt mit einer Gesamtkennziffer von 18,3 % am 31.12.2010 nachhaltig den in der SolvV vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 %. Die Sparkasse verfügt damit über eine ausreichende Kapitalbasis für das weitere geschäftliche Wachstum.

Den Risiken im Kreditgeschäft sowie sonstigen Verpflichtungen wurde mit der Bildung von Wertberichtigungen und Rückstellungen den strengen Bewertungsmaßstäben entsprechend Rechnung getragen.

Die Wertpapiere des Anlagebestandes wurden zu den Anschaffungskosten bzw. zu den fortgeführten Buchwerten angesetzt. Soweit aufgrund der Wertentwicklung die Gründe für die in den vergangenen Geschäftsjahren vorgenommenen Abschreibungen nicht mehr bestehen, wurden Zuschreibungen auf den höheren beizulegenden Wert, höchstens bis zu den Anschaffungskosten, vorgenommen. Die übrigen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Daneben besteht eine zusätzliche Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute.

Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Vorschriften der Liquiditätsverordnung wurden stets eingehalten. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in der erforderlichen Höhe unterhalten. Die Liquiditätskreditlinie bei der WestLB AG nahm die Sparkasse kurzfristig in Anspruch, die Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundesbank dagegen nicht.

Ertragslage

Aus der weiteren Normalisierung der Zinssätze an den Geld- und Kapitalmärkten sowie der Ablösung institutioneller Refinanzierungen ergaben sich erneut vorteilhafte Auswirkungen auf den Zinsüberschuss und die Ertragslage insgesamt.

Die wesentlichen Erfolgskomponenten sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt. Wegen der Umsetzung der Vorschriften des Bilanzmodernisierungsgesetzes (BilMoG) in 2010 ist der direkte Vergleich der Zahlen zu dem Vorjahr nur eingeschränkt möglich.

	2009	2010	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss	21.365	25.186	+ 3.821	+ 17,9
Provisionsüberschuss	5.233	5.257	- 24	- 0,5
Sonstige betriebliche Erträge	655	585	- 70	- 10,7
Summe der Erträge	27.253	31.028	+ 3.775	+ 13,9
Personalaufwand	12.036	10.955	- 1.081	- 9,0
Anderer Verwaltungsaufwand	4.451	4.802	+ 351	+ 7,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.378	1.322	- 56	- 4,1
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	9.388	13.949	+ 4.561	+ 48,6

Zinsüberschuss: GuV-Posten Nr. 1 bis 3
Provisionsüberschuss: GuV-Posten Nr. 5 und 6
Sonstige betriebliche Erträge: GuV-Posten Nr. 8
Sonstige betriebliche Aufwendungen: GuV-Posten Nr. 11 und 12

Die weitere Verbesserung des Zinsüberschusses steht im Zusammenhang mit Refinanzierungsvorteilen durch die steilere Zinsstrukturkurve unter Umschichtung von kurzfristigen Eigenanlagen in längerlaufende Wertpapiere bzw. Schuldscheindarlehen. In dem Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme stieg der Wert nach den Zahlen des Betriebsvergleiches von 1,97 % auf 2,21 % und lag damit deutlich über der für 2010 prognostizierten Zinsspanne.

Die weiterhin abwartende Haltung der Kunden im Wertpapiergeschäft bewirkte einen nochmaligen Rückgang des Provisionsüberschusses. Der Personalaufwand des Vorjahres enthielt einmalige Aufwendungen aus dem Abschluss neuer Altersteilzeitverträge. Dies ist ursächlich für die Abnahme des Personalaufwandes im Jahresvergleich. Die Erhöhung der anderen Verwaltungsaufwendungen entstand in Verbindung mit der Renovierung der Geschäftsstelle Südesch.

Die Aufstockung der Eigenkapitalposition Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340 g HGB um 3,5 Mio. € wird in der Gewinn- und Verlustrechnung vor Ermittlung des Jahresüberschusses bereits berücksichtigt. Diese Zuführung enthält auch 589 T€ Vorsorge für die Risiken der „Ersten Abwicklungsanstalt“, die Bilanzaktiva der WestLB AG übernommen hat.

Die Vorsorgereserven wurden erneut, aber geringer als in 2009, bedient. Nach moderaten Abschreibungen auf den Bestand der eigenen Wertpapiere und dem nicht gestiegenen, weiterhin geringen Bewertungsbedarf im Kreditgeschäft ergab sich ein Aufwand von 3,4 Mio. €.

Der Bilanzgewinn wird mit rd. 1,7 Mio. € ausgewiesen.

Die folgende Tabelle verdeutlicht den Zusammenhang:

	2009	2010	Veränderung		
	TEUR	TEUR	TEUR		%
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	9.388	13.949	+ 4.561	+	48,6
Fonds für allgemeine Bankrisiken (gem. § 340g HGB)	4.000	3.450	- 550	+	13,8
Aufwand bzw. Ertrag aus Bewertung und Risikovorsorge	69	3.368	+ 3.437		---
Übergangseffekte aufgrund des BilMoG	0	966	+ 966		---
Ergebnis vor Steuern	5.457	6.165	+ 708	+	13,0
Steueraufwand	3.868	4.488	+ 620	+	16,0
Jahresüberschuss/Bilanzgewinn	1.589	1.677	+ 88	+	5,5

Ertrag bzw. Aufwendungen aus Bewertung u. Risikovorsorge:

GuV-Posten Nr. 14, 16 und 17

Zur weitergehenden Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt, in dem eine detaillierte Aufspaltung des Ergebnisses im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme erfolgt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die in den vorgenannten Tabellen aufgeführten Aufwendungen und Erträge um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung einem neutralen Ergebnis zugerechnet werden.

Die erfreuliche Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Bewertung aus dem Vorjahr setzte sich auch 2010 mit der Zunahme um 3,1 Mio. € auf 13,4 Mio. € fort und verbesserte sich dadurch im Verhältnis zur DBS von 0,95 % in 2009 auf 1,19 % im Berichtsjahr. Die Quote bewegte sich damit deutlich über dem erwarteten Wert.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung als wesentliche Maßgröße der Ertragskraft liegt oberhalb des Durchschnitts von Sparkassen vergleichbarer Größenordnung in Westfalen-Lippe. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ermöglicht es wieder die angemessene Aufstockung des Eigenkapitals, die Ausgangsbasis für die künftige Geschäftsentwicklung.

Auf Grundlage des Betriebsvergleichs ergibt sich für das Verhältnis von Aufwendungen zu Erträgen aus den bereinigten Werten der Erfolgsrechnung eine Quote von 55,7 % (2009: 61,7 %). Die Personalaufwendungen beliefen sich im Berichtsjahr auf 36,1 % der Erträge (2009: 40,7 %).

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage stellt sich die wirtschaftliche Position der Sparkasse auch künftig geordnet dar und bietet eine stabile Ausgangsbasis für eine weitere positive Entwicklung.

Ziele und Grundsätze des Risikomanagements

Risikomanagement

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken ist ein Risikomanagement- und Überwachungssystem eingerichtet. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen und die notwendigen Kontrollprozesse. Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG. Der Bereich „Risikomanagement“ ist in der Unternehmenssteuerung angesiedelt und hat die Aufgabe, die Risiken auf aggregierter Gesamtbankebene auch in ihrer Wechselwirkung zueinander zu überwachen. Ferner wird das vorhandene Limitsystem weiterentwickelt. Der Vorstand ist für die Festlegung der

Risikostrategien in den Geschäftsfeldern und für die Entwicklung des Risikomanagementsystems verantwortlich. Der Verwaltungsrat wird vierteljährlich durch den Gesamtrisikoreport über die Einhaltung der Risikostrategie sowie über möglicherweise bestehende Risikokonzentrationen informiert.

Risikostrategie

Der Vorstand der Sparkasse hat in einer Risikostrategie, die über Teilrisikostrategien detailliert wird, die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse festgelegt. Danach werden Risiken bewusst vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit eingegangen, wenn sie zur Erzielung von Erfolgen notwendig und im Verhältnis zu den Chancen vertretbar sind. Entwickelt sich das Ertrags-/Risikoverhältnis ungünstig, erfolgt eine Verringerung oder vollständige Kompensation der Risiken durch geeignete Steuerungsmaßnahmen.

Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten. Die für die Abwicklung notwendigen Prozesse sind in Arbeitsanweisungen festgelegt.

Vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit, der Risikostrategien, des eingerichteten Risikomanagementsystems und des allgemeinen Umgangs mit Risiken bewertet der Vorstand der Sparkasse die geschäftspolitische Ausrichtung als risikoneutral.

Risikomanagementprozesse

Der Risikomanagementprozess der Sparkasse umfasst alle Aktivitäten zum systematischen Umgang mit Risiken. Die Sparkasse unterscheidet die Risikokategorien Adressen-, Liquiditäts-, Marktpreis-, operationelle und sonstige Risiken. Er teilt sich auf in die Einzelschritte Risikoerkennung, Risikobewertung, Risikomessung, Risikoberichterstattung, Risikosteuerung und Risikokontrolle. Das Risikomanagementsystem ist in den Risikostrategien und einem Risikohandbuch dokumentiert.

Die Innenrevision prüft im Rahmen des Prüfungsplans in regelmäßigen Abständen das eingerichtete Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen. Des Weiteren wird die Angemessenheit der vorgesehenen Wertberichtigungen in umfangreichen Stichproben geprüft.

Struktur und Organisation der Risikosteuerung

Für Kreditgeschäfte ist eine funktionelle Trennung zwischen Markt und Marktfolge festgelegt, einschließlich der Ebene des Vorstandes. Darüber hinaus sind für eine Kreditentscheidung bei risikorelevanten Kreditgeschäften zwei Voten aus den Bereichen Markt und Marktfolge erforderlich.

Die funktionale Trennung gilt analog für Handelsgeschäfte. Der Bereich Handel ist von den Funktionen des Risikocontrollings sowie der Abwicklung und Kontrolle bis einschließlich der Ebene des Vorstandes getrennt. Mit diesen Maßnahmen wird der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) geforderten Funktionstrennung Rechnung getragen.

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die jährlich durchzuführende Risikoinventur erfolgt dezentral durch die jeweils für die Risikosteuerung verantwortlichen Mitarbeiter. Sie beinhaltet auch die Bewertung der Risiken, die mit dem Risikomanager abgestimmt wird. Durch dieses Verfahren bestimmt die Sparkasse die für sie wesentlichen Risiken.

Die einheitliche Bewertung wird anhand einer Risikokennzahl, die sich aus den drei Merkmalen Eintrittswahrscheinlichkeit, mögliche Schadenshöhe und Beherrschbarkeit zusammensetzt, vorgenommen. Nach der Höhe der Risikokennzahl richtet sich die Einordnung des jeweiligen Risikos in eine

Risikoklasse. Die Risikoklasse bestimmt den Umfang der notwendigen Maßnahmen zur Beobachtung und Steuerung des jeweiligen Risikos.

Für jedes als bedeutend erkannte Risiko existiert ein Risikoerfassungsbogen, der den Risikomanagementprozess (u. a. Methoden zur Messung) des einzelnen Risikos beschreibt. Die Erfassungsbögen sind Teil des Risikohandbuchs.

Die Aktivitäten zur Messung und Überwachung der Risiken auf Gesamtbankebene sind den Bereichen Unternehmenssteuerung und Kreditsekretariat zugeordnet worden. Diese Bereiche analysieren und quantifizieren die Risiken der Sparkasse, überwachen die Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und übernehmen die Risikoberichterstattung.

Der Risikomanager in der Unternehmenssteuerung ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich.

Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung und Verringerung der Risiken werden regelmäßig auf Effizienz überprüft. Zwischen der Risikosteuerung und der Risikokontrolle besteht mindestens eine personelle Funktionstrennung. Die sich aus der Risikokontrolle ergebenden Korrekturen fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die Messung der Risiken erfolgt für die in eine Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken grundsätzlich periodenorientiert. In dieser GuV-orientierten Sichtweise werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den handelsrechtlichen Jahresüberschuss der Sparkasse hat.

Den jeweiligen Risikopotenzialen werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung limitierte Risikodeckungsmassen gegenübergestellt. Ferner ist der Umgang mit wesentlichen Risiken in der Risikostrategie und der jeweils zugehörigen Teilrisikostrategie beschrieben. Die Risiken aus Handelsgeschäften werden über ein zusätzliches Limitsystem überwacht.

Die Dienstanweisungen beinhalten Instrumente und Verfahren, die zur Verringerung von Risiken eingesetzt werden. Dort sind die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse umfassend beschrieben.

Risikoreporting

Über die eingegangenen Risiken wird dem Vorstand und dem Verwaltungsrat regelmäßig im Rahmen eines vierteljährlichen Gesamtrisikoberichtes und unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben durch die MaRisk schriftlich berichtet.

Der Gesamtrisikobericht enthält neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risikosituation und der Limitauslastungen über ein Ampelsystem auch Handlungsempfehlungen zur Steuerung und Verringerung des Risikos, über die die Geschäftsleitung entscheidet. Dadurch kann zeitnah die Einhaltung der durch die Risikostrategien vorgegebenen Regelungen überprüft werden.

Die Risiken und die Limitauslastungen einzelner Risikoarten werden zusätzlich durch eine Vielzahl regelmäßiger und spezialisierter Berichte zeitnah und umfänglich dargestellt. Über die Risikoereignisse von wesentlicher Bedeutung werden differenzierte Berichte wöchentlich, monatlich oder quartalsweise, je nach Risikolage auch täglich, erstellt.

Zusätzlich existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc-Frühwarnsystem.

Die Adressaten der einzelnen Berichte sind in der Regel der Gesamtvorstand und die operativen Bereiche sowie in komprimierter Form der Verwaltungsrat.

Adressenausfallrisiken

Die Adressenausfallrisiken umfassen im Wesentlichen das Ausfallrisiko aus Kreditgeschäften, das Beteiligungsrisiko, das Emittenten- und Kontrahentenrisiko aus Handelsgeschäften sowie das Länderisiko. Letzteres spielt aufgrund der regionalen Ausrichtung der Sparkasse eine weniger bedeutende Rolle für die Risikosteuerung.

Das Adressenausfallrisiko beschreibt die Gefahr, dass vertraglich zugesagte Leistungen durch den Ausfall eines Geschäftspartners ganz oder teilweise ausbleiben. Ferner besteht das Risiko, dass sich der Wert einer Forderung durch eine nicht vorhersehbare Bonitätsverschlechterung verringert.

Im Einklang mit den aufsichtrechtlichen Vorschriften wurden die Rechenverfahren zur Ermittlung der Kreditrisiken angepasst, um diese in den seit 2010 verbindlichen Stresstests besser abbilden zu können.

Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft

Das Kundenkreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in zwei große Gruppen: Das Firmenkunden-/Kommunalkreditgeschäft und das Privatkundenkreditgeschäft.

Die geschäftspolitische Ausrichtung im Kreditgeschäft wird jährlich vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit in der Kreditrisikostategie formuliert. Im Mittelpunkt der Überlegungen stehen dabei die Einhaltung der Risikotragfähigkeit, die Gewährleistung einer hinreichenden Portfolioqualität und die Vermeidung von Konzentrationsrisiken.

Die Limitierung, Steuerung und Überwachung des Gesamtkreditportfolios erfolgt u. a. durch die Festlegung von Kredithöchstgrenzen zur Begrenzung von Einzelrisiken und durch Analysen verschiedener Strukturmerkmale des Kreditportfolios.

Die Analysen sind neben der Limitauslastung und Darstellung der Risikovor-sorge auch Gegenstand des vierteljährlichen Kreditrisiko- sowie des Gesamtrisikoberichtes.

Im Rahmen des Risikofrüherkennungssystems wird die Entwicklung auffälliger Engagements zeitnah beobachtet und mit entsprechenden Maßnahmen gesteuert.

Die Sparkasse wählt ihre Vertragspartner sehr sorgfältig aus. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung des Kreditnehmers. Im risikorelevanten Kreditgeschäft nach den MaRisk ist ein zweites Kreditvotum durch vom Markt unabhängige Marktfolgeeinheiten erforderlich.

Zur Beurteilung der Bonität der Kreditnehmer werden verschiedene Module eingesetzt. Jahresabschlüsse werden mithilfe eines vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) entwickelten Einzelbilanzanalyse-systems ausgewertet. Die Auswertungen werden gegebenenfalls um Unternehmer- und Unternehmensbeurteilungen ergänzt.

Es werden die vom DSGV bzw. der S-Rating- und Risikosysteme GmbH (SR) entwickelten einheitlichen Risikoklassifizierungsverfahren der Sparkassenorganisation eingesetzt. Die Verfahren berücksichtigen die jeweiligen Besonderheiten der einzelnen Kundengruppen.

Die Organisation des Kreditgeschäfts und die Bonität einzelner Kreditnehmer werden jährlich durch die Innenrevision der Sparkasse in umfangreichen Stichproben geprüft.

Zur Steuerung des Firmenkundenkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Darüber hinaus werden Vergleiche im Zeitablauf in absoluten und relativen Zahlen vorgenommen, um die Entwicklung des Portfolios erkennen zu können.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei denen sich erhöhte Risiken abzuzeichnen beginnen, hat die Sparkasse ein Risikofrüherkennungssystem eingerichtet. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine frühzeitige Risiko-identifizierung ermöglichen. Für den Firmen- und Gewerbekundenbereich wird ein EDV-gestütztes Verfahren eingesetzt, das eine systematische Risikofrüherkennung unterstützt.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, wird in Abhängigkeit von den aufgetretenen Risikomerkmale und der Größe der Engagements über die Intensität der künftigen Betreuung entschieden. Die Engagements werden gesondert überwacht und vierteljährlich analysiert. Aus dieser Analyse werden ggf. zielgerichtete, risikomindernde Handlungsmaßnahmen abgeleitet.

Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeitern betreut. Grundlage ist jeweils ein Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzept (Problemkredite).

Die Sparkasse hat in Organisationsrichtlinien Kriterien festgelegt, auf deren Grundlage eine Sanierung, Abwicklung oder Risikovorsorge in Form von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen zu erfolgen hat.

Diese Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle Zins- und Tilgungszahlungen nach dem vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen.

Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt.

Gemäß des Kreditrisikoreports per 31.12.2010 besteht derzeit zum Adressenrisiko aus dem Kreditgeschäft keine Veranlassung zu besonderen Feststellungen. Im Kundenkreditgeschäft sind aktuell keine erhöhten Adressenausfallrisiken erkennbar.

Die Adressenausfallrisiken aus Kundenkreditgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Risikotragfähigkeit.

Adressenausfallrisiken aus Beteiligungen

Die Sparkasse ist am Kapital des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe beteiligt, dies ist auf die Pflichtmitgliedschaft zurückzuführen. Die Sparkasse verzichtet daher bis auf weiteres auf ein eigenständiges Risikocontrolling sowie eine gesonderte Risikostrategie. Der SVWL ist u. a. Träger von Beteiligungen an der Provinzial NordWest Versicherungsgruppe, der WestLB AG und der Landesbausparkasse LBS.

Zur Überwachung der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungsunternehmen werden jährlich die Jahresabschlüsse ausgewertet und beurteilt.

Aus der Beteiligung am SVWL stammen Risiken durch die (indirekte) Haftung für die Abwicklungsanstalt der WestLB AG und durch die Entwicklung der WestLB AG, die wir in unser Risikomanagement einbeziehen. Der Buchwert der Beteiligung am SVWL entspricht den Anschaffungskosten. Inwieweit dieser Wertansatz möglicherweise durch die weitere Entwicklung der WestLB AG künftig belastet wird, ist zurzeit nicht abzusehen.

Adressenausfallrisiken aus Eigenanlagen

In der Risikostrategie, der zugehörigen Marktpreisrisikostrategie und den Arbeitsanweisungen hat der Vorstand festgelegt, dass Handelsgeschäfte ausschließlich unter Berücksichtigung folgender Rahmenbedingungen abgeschlossen werden können:

- Geldhandelsgeschäfte in Form von Tages- und Termingeldanlagen zur Anlage liquider Mittel und zu Zwecken des Bilanzstrukturmanagements.
- Anlage in festverzinslichen Wertpapieren und Investmentfonds zu Zwecken des Bilanzstrukturmanagements und zur Verbesserung der Rentabilität.
- Anlage in Aktien zur Verbesserung der Rentabilität.
- Devisengeschäfte in geschlossenen Positionen.

Die Sparkasse Rheine hat sich vor dem Hintergrund des eingeschränkten Umfangs an Handelsgeschäften als Nichthandelsbuchinstitut definiert. Den Umfang derartiger Geschäfte hat sie auf 14,0 Mio. € begrenzt.

Das Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften wird über Mindestratings und Limite für einzelne Emittenten(gruppen) begrenzt. In der internen Steuerung werden ausgehend von den Bonitätseinschätzungen der Ratingagentur Standard & Poors (S&P) die Ausfallwahrscheinlichkeiten für Adressenausfallrisiken durch Umrechnung auf die DSGVO-Masterskala berücksichtigt. Falls einzelne Papiere über kein Rating von S&P verfügen, greifen definierte Regeln, um die Adressenausfallrisiken abzubilden.

Die Adressenausfallrisiken aus den Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Für die Messung der Adressenausfallrisiken werden die Ratings der jeweiligen Emission oder des Emittenten verwendet. Das Emissionsrating berücksichtigt auch die Qualität des jeweiligen Wertpapiers, z. B. die Besicherung bei Pfandbriefen. Das Emissionsrating bildet das Risiko i. d. R. besser als das Rating des Emittenten ab.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken beschreiben die Gefahren negativer Entwicklungen der Geld- und Kapitalmärkte für die Sparkasse. Diese ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von Wertpapieren, Devisen und Rohstoffpreisen, aus Schwankungen der Zinssätze und den daraus resultierenden Preisveränderungen der Derivate.

Zu den Marktpreisrisiken der Sparkasse zählt in erster Linie das Risiko zinsinduzierter Abschreibungen.

Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Die Ermittlung der Marktpreisrisiken der Handelsgeschäfte erfolgt anhand von Overnight- und Value-at-Risk-Szenarien, letzteres mit einer fest vorgegebenen Haltedauer von zehn Tagen. Die zugrundeliegenden Rechenmethoden werden ständig weiterentwickelt und aktualisiert.

Darüber hinaus wird eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt. Die für die Berechnungen notwendigen Risikoparameter werden von der dwpbank zur Verfügung gestellt. Der Ermittlung liegt eine Vergangenheitsbetrachtung zugrunde, die es erlaubt, den Risikokurs anzugeben, der mit einer 99%-igen Wahrscheinlichkeit nicht unterschritten wird. Stützbereich der Parameter sind die letzten 250 Handelstage, wobei der jeweils kritischere Wert Berücksichtigung findet.

Der berechnete Value-at-Risk wird dem bereitgestellten Risikodeckungskapital gegenübergestellt. Er wird durch das Globallimit „Marktpreisrisiken“, das vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit festgelegt wird, begrenzt.

Sämtliche Marktpreisrisiken des Eigenanlagegeschäftes in Wertpapieren werden auf der Grundlage der MaRisk täglich durch den Bereich Unternehmenssteuerung nach Art und Höhe bewertet.

Über die Auslastung der Limite wird die Geschäftsleitung mindestens wöchentlich, bei bestimmten Entwicklungen sogar täglich, über den „Markt-

preisrisikoreport“ informiert. Der Überwachungsvorstand unterrichtet den Gesamtvorstand monatlich über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte der Sparkasse.

Vierteljährlich wird ein Worst-case-Szenario durch Verlängerung der Halte-dauer errechnet.

Die angewandten Risikoparameter werden jährlich einem Backtesting unterzogen, um deren Vorhersagekraft einschätzen zu können.

Die Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen.

Aktienkursrisiken

Aktienkursrisiken beschreiben die Gefahr, dass durch Preisveränderungen auf den Aktienmärkten die jeweiligen Bestände bzw. offenen Positionen an Wert verlieren und dadurch ein Verlust entsteht.

Aktienkursrisiken werden auf das Limit für Marktpreisrisiken angerechnet.

Währungsrisiken

Die Währungsrisiken, die durch Devisengeschäfte mit unseren Kunden entstehen, werden 1 : 1 über Deckungsgeschäfte glattgestellt, so dass die Sparkasse keine offenen Devisenpositionen unterhält.

Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene

Das Zinsänderungsrisiko der Sparkasse wird hinsichtlich der Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung untersucht.

Die Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung resultieren aus unterschiedlichen Beständen an festverzinslichen Aktiva und Passiva, so dass sich bei Marktzinsveränderungen z. B. der Zinsaufwand stärker erhöhen kann als der Zinsertrag. In regelmäßigen Abständen wird das gesamte Zinsänderungsrisiko der Sparkasse mithilfe von Zinsspannungssimulationen ermittelt.

Das Zinsspannenrisiko wird unter Berücksichtigung der Konditionenpolitik in Verbindung mit definierten Zinsanpassungselastizitäten über unterschiedliche Zinsszenarien berechnet (dynamische Elastizitätenbilanz).

Die Auswirkungen des Zinsänderungsrisikos auf die zukünftige Ertragslage sind tragbar.

Zur Beurteilung der aktuellen und künftigen Ertragslage werden der Geschäftsleitung regelmäßig Prognoserechnungen mit verschiedenen Zinsentwicklungs- und Strukturszenarien vorgelegt.

Management der Liquiditätsrisiken

Unter dem Liquiditätsrisiko wird das Risiko verstanden, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht mehr nachkommen kann. Die Vorgaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken hat der Vorstand in einer Liquiditätsrisikostategie festgelegt. Diese beinhaltet unter anderem eine Vorgabe für einen Mindestliquiditätsbestand, der nicht nachhaltig unterschritten werden darf.

Dazu werden unter anderem ausreichende Kassenbestände sowie Termin- und Tagesgeldanlagen bei anderen Kreditinstituten unterhalten. Darüber hinaus bestehen umfangreiche Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundesbank und anderen Kreditinstituten.

Die Fälligkeiten sind auf die erwarteten Zahlungsströme aus dem Kundengeschäft und aus eigenen Wertpapiieranlagen abgestimmt.

Bei den Dispositionen werden entsprechende Reserven berücksichtigt, die außergewöhnliche Liquiditätsabflüsse abdecken.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln, die erwarteten

Liquiditätszuflüsse sowie die Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten ist dies auch für die Zukunft gewährleistet.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Management der operationellen Risiken

Operationelle Risiken sind als Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Technische Risiken beziehen sich auf die Funktionsbereitschaft technischer Geräte und der erforderlichen EDV-Programme sowie die Funktionsfähigkeit von Kommunikationsmitteln. Auswirkungen von Katastrophen, hervorgerufen durch Naturereignisse oder Terroranschläge, können sich ebenfalls in technischen Risiken niederschlagen.

Davon zu unterscheiden sind die Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden. Unter die strategischen Risiken fällt z. B. die Gefahr, dass sich rechtliche Rahmenbedingungen zum Nachteil der Sparkasse ändern.

Den Verhaltensrisiken begegnet die Sparkasse mit entsprechenden Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der einzelnen Organisationseinheiten und der Innenrevision überwacht wird. Weiterhin erfolgt im Rahmen eines periodischen Beurteilungssystems die Überprüfung der fachlichen Kompetenzen und charakterlichen Eigenschaften der Mitarbeiter. Die fachliche Kompetenz wird durch bedarfsgerechte, strukturierte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen gestärkt.

Für die technischen Risiken hat die Sparkasse entsprechende Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufes auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Ferner bestehen für Notfall- und Katastrophensituationen Alarm- und Räumungspläne für die Hauptstelle der Sparkasse. Für die Konformität des eingesetzten EDV-Instrumentariums wurde entsprechende Vorsorge getroffen. Einzelheiten dazu wurden vom Vorstand in der IT-Strategie festgelegt.

Darüber hinaus wurden Versicherungen abgeschlossen, die gegebenenfalls eintretende Vermögensschäden weitgehend abfangen sollen.

Für die Bewertung der operationellen Risiken hat die Sparkasse eine Schadensfalldatenbank implementiert, womit die in der Sparkasse aufgetretenen Schadensfälle erfasst werden.

Der Vorstand wird jährlich über Art und Umfang eingetretener Schadensfälle und die eingeleiteten organisatorischen und personellen Maßnahmen unterrichtet.

Die Summe der Schäden aus operationellen Risiken lag unterhalb des Limits.

Risikotragfähigkeit

Der Risikomanager legt vierteljährlich dem Vorstand einen Gesamttrisikobericht vor. Er umfasst eine zusammenfassende Darstellung und Würdigung aller wesentlichen Einzelrisiken sowie die Bewertung der Gesamttrisikosituation der Sparkasse.

Der Bericht basiert auf einer GuV- bzw. periodenorientierten Risikotragfähigkeitsrechnung. Dieser Bericht und ggf. zur Risikominderung eingeleitete Maßnahmen werden dem Verwaltungsrat vom Vorstand vorgestellt und mit diesem erörtert.

Das Risikodeckungspotenzial der Sparkasse setzt sich aus dem Eigenkapital und den Vorsorgereserven zusammen. Ferner wird das prognostizierte Jahresergebnis nach Abzug einer geplanten Mindesteigenkapital-Dotation unter Beachtung von Steuerzahlungen sowie geplanten Ausschüttungen berücksichtigt.

Das Risikopotenzial wird i. d. R. aus Erfahrungswerten der Vergangenheit abgeleitet. Bei dem Adressenrisiko wird neben einem langfristigen Durchschnittswert unter Berücksichtigung der Erwartungen für die Zukunft auch das Ergebnis eines Simulationsverfahrens berücksichtigt.

Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften werden, orientiert am Rating bzw. an den Value-at-Risk-Werten, gemessen.

Das Zinsspannenrisiko und das Bewertungsrisiko der festverzinslichen Wertpapiere wird über Simulationen ermittelt.

Bei der Limitierung des Liquiditätsrisikos orientiert sich die Sparkasse an festgelegten Kennzahlen.

Die Limitierung der operationellen Risiken orientiert sich an den Verwaltungsaufwendungen.

Die Risiken sind vor dem Hintergrund des Risikodeckungspotenzials jederzeit tragbar.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Voraussichtliche Entwicklung (Chancen und Risiken)

Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Nach der überraschend schnellen Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch den bemerkenswerten konjunkturellen Aufschwung im Vorjahr rechnen die Experten auch für 2011 mit einem zwar etwas verhalteneren, aber doch deutlichen Wirtschaftswachstum und positiven Auswirkungen für die Beschäftigung. Die Annahmen über ein Wirtschaftswachstum von 2,2 – 2,6 % stützen sich gleichermaßen auf den Export und die Inlandsnachfrage. Die hohe Staatsverschuldung jedoch und die weiterhin virulente Finanzkrise könnten die erwarteten Erfolge infrage stellen.

Auch über den Preisauftrieb, die Inflationsrate stand zum Jahreswechsel bei 1,7 %, und damit eventuell verbundener Zinsentscheidungen der EZB sind negative Einflüsse auf die wirtschaftliche Entwicklung nicht auszuschließen.

Die IHK hat ermittelt, dass die Stimmung in der nord-westfälischen Wirtschaft für die nächsten Monate anhaltend optimistisch sei. Die Unternehmen verlieren dabei zwar die konjunkturellen Risiken nicht aus dem Blick, gehen aber auch für 2011 von einem erfreulichen Wachstum aus. Dabei werden die Chancen als gut angesehen, dass die Beschäftigung in diesem Jahr noch günstiger sein wird als in 2010.

Aufgrund dieser Annahmen und unserer Einschätzung des regionalen Marktes gehen wir für sämtliche Geschäftsfelder der Sparkasse von einer positiven Entwicklung aus.

Bilanzsumme

Wir rechnen mit einem leichten Zuwachs der Bilanzsumme um 2,2 %, der aus dem budgetierten Wachstum der Forderungen und der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gespeist wird.

Kreditgeschäft

Budgetiert haben wir eine Volumenssteigerung von 2,6 %, die sich anteilig aus den privaten Krediten und Darlehen und dem gewerblichen Geschäft einstellen sollte. Für das Geschäftsjahr 2012 erwarten wir eine vergleichbare, aber abgeschwächte Entwicklung.

Die weiterhin bereitstehenden Kreditprogramme der öffentlichen Hand werden zusätzliche positive Anstöße geben. Die künftige Gesetzgebung zur Förderung der Fotovoltaik bleibt aber abzuwarten.

Einlagengeschäft

Auch für die Kundeneinlagen ist mit 4,7 % ein weiteres Wachstum budgetiert, das aber deutlich unter dem des Jahres 2010 liegt. In 2012 dürfte sich dieser Trend fortsetzen.

Die weitere Entwicklung der Zinsstrukturkurve und der Konditionen am Geld- und Kapitalmarkt wird entscheidend sein für die Struktur der neuen und der zur Wideranlage festgelegten Gelder.

Dienstleistungsgeschäft

In dieser Sparte gehen wir für das laufende und das folgende Jahr von wenig veränderten Beträgen beim Umsatz und Ertrag aus.

Finanzlage

In den Geschäftsjahren 2011 und 2012 sind keine größeren oder besonderen Investitionen vorgesehen.

Die Refinanzierung des Wachstums bei den Krediten und Darlehen kann planmäßig aus der Bestandserhöhung der Einlagen von Kunden erfolgen.

Ertragslage

Nach absoluten Zahlen erwarten wir den Zinsüberschuss 2011 auf dem Niveau des Vorjahres und damit eine Stabilisierung der in den beiden Vorjahren erreichten Verbesserung. Der ordentliche Ertrag, als Summe aus Provisionsüberschuss und Sonstigen Erträgen, wird voraussichtlich leicht zurückgehen, die Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen werden dagegen voraussichtlich durch höhere Personalkosten steigen. In der Folge rechnen wir deshalb bei dem Betriebsergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge mit einem Rückgang auf 1,09 % der DBS nach 1,19 % in 2010.

Die Entwicklung in 2012 wird wesentlich von dem Umfang des von uns erwarteten weiteren Zinsanstiegs an den Geld- und Kapitalmärkten abhängen. Nach dem heutigen Kenntnisstand erwarten wir für das nächste Jahr ebenfalls ein zufriedenstellendes Ergebnis.

Eine Prognose zu dem Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft abzugeben, ist nicht möglich, weil hier erhebliche Unsicherheiten einwirken können. Wir erwarten zwar, dass sich die moderate Risikolage der letzten Geschäftsjahre fortsetzt, müssen aber davon ausgehen, dass unvorhersehbare negative Entwicklungen einzelner Kreditnehmer jederzeit zu einem nennenswerten Risikovorsorgebedarf führen können.

Ähnliches gilt für das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft, hier insbesondere im Zusammenhang mit der weiteren Zinsentwicklung in 2011 und 2012.

Die künftigen Gewinne der Sparkasse werden durch die Ansparleistungen für die indirekte Haftung für die Abwicklungsanstalt der WestLB AG nach aktuellem Kenntnisstand in den nächsten 5 Jahren durchschnittlich mit 538 T€ pro Jahr belastet.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist die angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Das geplante Wachstum kann mit einer weiterhin soliden Eigenkapitalausstattung dargestellt werden.

STADTSPARKASSE RHEINE
DER VORSTAND

Tilly

Buschkühle

BERICHT DES VERWALTUNGSRATS

Der Verwaltungsrat nahm im Berichtsjahr seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben wahr. Der Vorstand der Sparkasse unterrichtete den Verwaltungsrat in insgesamt sieben Sitzungen regelmäßig über grundsätzliche Fragen der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse der Sparkasse.

Die Geschäftsführung des Vorstands wurde durch den Verwaltungsrat überwacht, und er fasste die in seiner Zuständigkeit liegenden Beschlüsse.

Die Prüfungsstelle des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe prüfte den vorgelegten Jahresabschluss und den Lagebericht des Jahres 2010. Der Verwaltungsrat wurde ausführlich über den Ablauf und das Ergebnis der Prüfung unterrichtet. Die Prüfungsstelle hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Verwaltungsrat stellte den Jahresabschluss 2010 fest und billigte den Lagebericht des Vorstands.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Darüber hinaus bedankt er sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gemeinsam geleistete engagierte Arbeit. Sie trug wesentlich zum Erfolg des Geschäftsjahrs 2010 bei.

Rheine, 12. Mai 2011

Josef Wilp

vorsitzendes Mitglied
des Verwaltungsrates

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2010



der
Land

Stadtsparkasse Rheine
Nordrhein-Westfalen

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010

Aktivseite

	EUR	EUR	EUR	31.12.2009 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		8.107.614,18		8.600
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		13.398.107,98		11.863
			21.505.722,16	20.463
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		28.318.242,61		29.877
b) andere Forderungen		117.263.240,42		150.351
			145.581.483,03	180.228
4. Forderungen an Kunden			619.096.278,37	600.055
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	407.469.034,45	EUR		(405.495)
Kommunalkredite	10.360.168,63	EUR		(11.574)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		0,00		6.601
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(6.601)
bb) von anderen Emittenten		214.608.088,18		163.727
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	214.608.088,18	EUR		(163.727)
			214.608.088,18	170.328
c) eigene Schuldverschreibungen		0,00		0
Nennbetrag	0,00	EUR		(0)
			214.608.088,18	170.328
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			85.692.591,14	91.276
6a. Handelsbestand			0,00	-
7. Beteiligungen			8.850.150,00	8.850
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			300.000,00	150
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
9. Treuhandvermögen			186.524,99	248
darunter:				
Treuhandkredite	186.524,99	EUR		(248)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		57.548,00		-
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		-
d) geleistete Anzahlungen		0,00		-
			57.548,00	84
12. Sachanlagen			8.517.126,53	9.200
13. Sonstige Vermögensgegenstände			1.007.378,04	966
14. Rechnungsabgrenzungsposten			1.089.081,88	1.046
Summe der Aktiva			1.106.491.972,32	1.082.894

	EUR	EUR	EUR	31.12.2009 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		1.624.795,89		7
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>322.158.211,55</u>		<u>327.386</u>
			323.783.007,44	<u>327.393</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	288.684.004,99			275.106
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>2.873.213,78</u>			<u>3.071</u>
		291.557.218,77		<u>278.177</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	278.770.241,20			277.415
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>124.337.410,29</u>			<u>107.711</u>
		403.107.651,49		<u>385.127</u>
			694.664.870,26	<u>663.304</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		753.380,82		3.859
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>0,00 EUR</u>			(0)
			753.380,82	<u>3.859</u>
3a. Handelsbestand			0,00	-
4. Treuhandverbindlichkeiten			186.524,99	248
darunter:				
Treuhandkredite	186.524,99 EUR			(248)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			591.610,99	765
6. Rechnungsabgrenzungsposten			1.549.081,77	1.442
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		7.087.750,00		6.178
b) Steuerrückstellungen		315.000,00		2.402
c) andere Rückstellungen		<u>6.748.982,52</u>		<u>6.772</u>
			14.151.732,52	<u>15.351</u>
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			1.531.939,73	6.148
10. Genussrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			16.450.000,00	13.000
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		0,00		0
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	49.612.977,25			48.255
cb) andere Rücklagen	<u>1.539.493,21</u>			<u>1.539</u>
		51.152.470,46		<u>49.795</u>
d) Bilanzgewinn		<u>1.677.353,34</u>		<u>1.589</u>
			52.829.823,80	<u>51.383</u>
Summe der Passiva			1.106.491.972,32	1.082.894
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		17.467.162,97		17.128
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			17.467.162,97	<u>17.128</u>
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>50.354.786,49</u>		<u>29.295</u>
			50.354.786,49	<u>29.295</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010	Jahresabschluss zum 31.12.2010		
	EUR	EUR	
		EUR	1.1.-31.12.2009 TEUR
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	38.431.514,32		37.853
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	305.009,25 EUR		(-)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	6.968.103,19		7.220
		45.399.617,51	45.073
2. Zinsaufwendungen		23.860.229,82	27.072
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	433.153,94 EUR		(-)
		21.539.387,69	18.001
3. Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		3.465.374,02	3.193
b) Beteiligungen		181.731,62	160
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00	11
		3.647.105,64	3.364
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		0,00	0
5. Provisionserträge		5.695.004,89	5.638
6. Provisionsaufwendungen		437.890,13	404
		5.257.114,76	5.233
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands		0,00	0
8. sonstige betriebliche Erträge		585.064,45	654
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		0,00	0
		31.028.672,54	27.253
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	8.285.798,46		9.045
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.669.180,34		2.992
darunter: für Altersversorgung	936.731,69 EUR		(1.208)
		10.954.978,80	12.036
b) andere Verwaltungsaufwendungen		4.801.856,49	4.451
		15.756.835,29	16.487
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		1.103.662,37	1.178
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen		218.754,51	199
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		3.266.486,13	587
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00	0
		3.266.486,13	587
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		101.276,41	0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00	656
		101.276,41	656
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme		0,00	0
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken		3.450.000,00	4.000
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		7.131.657,83	5.457
20. Außerordentliche Erträge		0,00	0
21. Außerordentliche Aufwendungen		966.499,92	0
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	966.499,92 EUR		(-)
22. Außerordentliches Ergebnis		966.499,92	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		4.445.339,86	3.826
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		42.464,71	42
		4.487.804,57	3.868
25. Jahresüberschuss		1.677.353,34	1.589
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr		0,00	0
		1.677.353,34	1.589
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,00		0
b) aus anderen Rücklagen	0,00		0
		0,00	0
		1.677.353,34	1.589
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Sicherheitsrücklage	0,00		0
b) in andere Rücklagen	0,00		0
		0,00	0
29. Bilanzgewinn		1.677.353,34	1.589

Anhang

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss zum 31.12.2010 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Anpassungen des HGB sowie der RechKredV durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) wurden mit Wirkung zum 01.01.2010 berücksichtigt. Gemäß Art. 67 Abs. 8 Satz 2 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) wurde auf die Anpassung der Vorjahreszahlen verzichtet.

A. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt gemäß den §§ 246 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden kapitalanteilig über die vereinbarte gesamte Darlehenslaufzeit bzw. auf die Dauer der Festzinsvereinbarung verteilt.

Erkennbaren Risiken aus Forderungen wurde durch deren Bewertung nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bewertet, soweit die beizulegenden Werte am Bilanzstichtag nicht niedriger sind (strenges Niederstwertprinzip). Wertpapiere, die dem Anlagevermögen zugeordnet wurden, werden ebenfalls zu den Anschaffungskosten bzw. zu den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet; Abschreibungen werden nur dann vorgenommen, wenn der beizulegende Wert voraussichtlich dauerhaft unter dem letzten Buchwert bzw. den Anschaffungskosten lag ("gemildertes Niederstwertprinzip"). Dadurch konnten ergebniswirksame Abschreibungen von TEUR 460 vermieden werden.

Wir haben unsere Wertpapiere daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist.

Für die an einem aktiven Markt gehandelten Wertpapiere wurde der Börsen-/Marktpreis zum Abschlussstichtag verwendet.

Für Investmentfondsanteile haben wir als beizulegenden Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente werden grundsätzlich als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Liegen die Voraussetzungen für eine einheitliche Bewertung nicht vor, werden die strukturierten Finanzinstrumente für Zwecke der Bewertung in ihre Bestandteile zerlegt.

Strukturierte Schuldscheindarlehen

Wir halten am Bilanzstichtag TEUR 76.000 (Nominalwerte) strukturierte Schuldscheindarlehen im Bestand. Die kapitalgarantierten Schuldscheindarlehen weisen im Vergleich zu nicht strukturierten Finanzinstrumenten hinsichtlich ihrer Verzinsung, ihrer Laufzeit und/oder ihrer Rückzahlung besondere Ausstattungsmerkmale auf.

Anteilsbesitz

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Aus Vereinfachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis EUR 150) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis EUR 1.000) in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Wir haben entgeltlich erworbene Software nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung „Bilanzierung von Software beim Anwender“ (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen.

Die Gebäude werden grundsätzlich linear abgeschrieben. Für das Hauptstellen- und zwei Geschäftsstellengebäude wird die degressive Abschreibung fortgeführt.

Für Bauten auf fremdem Grund und Boden sowie Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bzw. als die für Gebäude geltende Abschreibungsdauer.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet.

Gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB führen wir für die bisher nach steuerrechtlichen Vorschriften bewerteten Vermögensgegenstände, die zu Beginn des Geschäftsjahres vorhanden waren, die bisherigen Wertansätze unter Anwendung der für sie bis zum Inkrafttreten des BilMoG geltenden Vorschriften fort.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, erhaltene Agioerträge in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die gesamte Laufzeit bzw. die Dauer der Festzinsvereinbarung planmäßig abgeschrieben bzw. vereinnahmt.

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren ermittelt. Pensionsrückstellungen und Rückstellungen für Beihilfen werden mit einem einer Restlaufzeit von 15 Jahren entsprechenden Rechnungszins von 5,17 % abgezinst. Die Abzinsung der übrigen Rückstellungen erfolgt mit dem der Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz. Bei den Pensionsrückstellungen werden künftige jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,0 % unterstellt. Diese Änderungen haben sich auch auf die Ermittlung der Rückstellungen für Beihilfen ausgewirkt.

Altersteilzeitverträge wurden in der Vergangenheit auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes, des Tarifvertrags zur Regelung der Altersteilzeit und ergänzender betrieblicher Vereinbarungen abgeschlossen. Bei den hierfür gebildeten Rückstellungen werden künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen mit 2,0 % angenommen. Die Restlaufzeit der Verträge beträgt bis zu sieben Jahre. Die Abzinsung erfolgt mit dem der individuellen Restlaufzeit der einzelnen Verträge entsprechenden Zinssatz.

Die durch die Umstellung der Rechnungslegung auf das BilMoG entstehenden Zuführungsbeträge haben wir vollständig über die außerordentlichen Aufwendungen ausgeglichen bzw. die Auflösungsbeträge in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

Sicherheitsrücklage

Aus der Umstellung der Rechnungslegung auf das BilMoG ergibt sich eine Einstellung in die Sicherheitsrücklage von TEUR 19, die auf die Überdeckung einer Rückstellung entfällt.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente (Swaps, Termingeschäfte, Optionsgeschäfte, Futures) sind als schwebende Geschäfte in der Bilanz nicht auszuweisen. Sie werden bei Abschluss entsprechend ihrer Zweckbestimmung dem Handels- oder Anlagebuch zugeordnet.

Die zur Absicherung von Zinsänderungs- oder sonstigen Marktpreisrisiken abgeschlossenen derivativen Geschäfte werden in die Gesamtbetrachtung der jeweiligen Risikoart einbezogen und sind somit nicht gesondert zu bewerten.

Die sonstigen, nicht dem Handelsbestand zugeordneten derivativen Geschäfte werden mit den Marktkursen bewertet. Bewertungsverluste werden zurückgestellt, Bewertungsgewinne werden nicht verbucht.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der gegenläufigen Geschäfte vorliegt. Die Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen sind, werden saldiert in den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Aufwendungen ausgewiesen. Bilanzposten und Posten der Gewinn- und Verlustrechnung, die auf fremde Währung lauten, sowie schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Schwebende Devisentermingeschäfte werden mit den entsprechenden Terminkursen umgerechnet.

Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten beträgt jeweils TEUR 114.

B. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der eigene(n) Girozentrale

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der WestLB AG, Düsseldorf, sind in den folgenden Bilanzposten enthalten:

	31.12.2010 TEUR	31.12.2009 TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	102.812	129.500
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.621	10.000

Wertpapiere

Die in den folgenden Bilanzposten enthaltenen Wertpapiere sind nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren wie folgt aufzuteilen:

	insgesamt TEUR	börsen notiert TEUR	nicht börsen notiert TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	214.608	214.608	-
davon: wie Anlagevermögen bewertet	(17.122)	(17.122)	(-)
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	85.693	-	85.693

Bei den wie Anlagevermögen bewerteten Wertpapieren handelt es sich um Emissionen von Kreditinstituten.

Finanzinstrumente im Finanzanlagevermögen

Finanzinstrumente, die auch wie Anlagevermögen behandelt werden, sind in den nebenstehenden Aktivposten enthalten:

	31.12.2010 TEUR	31.12.2009 TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Buchwert	17.000	-
beizulegender Wert	16.540	-

Wir haben auf eine Bewertung dieser Wertpapiere zum niedrigeren beizulegenden Wert verzichtet, weil die Zweckbestimmung dieser Wertpapierbestände, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, im Vordergrund steht und eine Rückzahlung zu pari zu erwarten ist.

Finanzanlagevermögen

	Buchwert	
	31.12.2010	31.12.2009
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	66.125	74.867
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	12.537	21.230
Beteiligungen	8.850	8.850
Anteile an verbundenen Unternehmen	300	150
Sonstige Vermögensgegenstände	8	8

Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht.

Spezialfonds

Die Anteile an Spezialfonds sind der Liquiditätsreserve zugeordnet.

Spezialfonds (in Mio. EUR)	Buchwert	Marktwert	Differenz Buchwert zu Marktwert	Ausschüttungen in 2010	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibungen
Rheine Fonds	73,2	75,2	2,0	3,1	Ja	Nein

Zweck der Anlage in Spezialfonds ist die Erzielung einer überdurchschnittlichen Performance bei gleichzeitiger Risikosteuerung. Der Spezialfonds investiert überwiegend in Unternehmensschuldverschreibungen, aber auch in Bank- und Staatsanleihen, für die regelmäßig ein Rating im Investment Grade vorhanden ist.

Entwicklung des Sachanlagevermögens im Geschäftsjahr 2010 (in TEUR)

	Anschaffungskosten	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen in 2010	Abschreibungen kumuliert	Buchwert 31.12.10	Buchwert 31.12.09
1. Immaterielle Anlagewerte	500	24	-	(51)	467	58	84
2. Sachanlagen							
a) Grundstücke und Bauten	20.976	13	-	(632)	13.472	7.517	8.136
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.573	361	435	(421)	9.499	1.000	1.064
3. Sonstige Vermögensgegenstände	47	-	-	(-)	-	47	47

Die Sachanlagen entfallen mit TEUR 7.476 auf Grundstücke und Bauten, die von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzt werden.

Treuhandgeschäfte

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten betreffen jeweils in voller Höhe die Forderungen an Kunden bzw. die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2010 TEUR	31.12.2009 TEUR
Aktivseite		
Disagio aus Verbindlichkeiten	1.034	988
Passivseite		
Disagio aus Forderungen	179	184
Agio aus Verbindlichkeiten	3	5

Nachrangige Vermögensgegenstände

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in folgenden Aktivposten enthalten:

	31.12.2010 TEUR	31.12.2009 TEUR
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5.168	9.016

Rückstellungen

Der Posten "andere Rückstellungen" enthält eine Rückstellung für die im Rahmen der Stützungsmaßnahmen der WestLB AG gegebenenfalls notwendigen Nachschussverpflichtungen an den regionalen Reservefonds des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe (SVWL) von TEUR 3.031.

Verpflichtungen gemäß Artikel 28 EGHGB

Die Sparkasse Rheine ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist deshalb Mitglied der Kommunale Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe in Münster (ZKW). Trägerin der ZKW ist die Westfälisch-Lippische Versorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände, Münster (WVK). Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die ZKW ist eine rechtlich unselbstständige aber finanziell eigenverantwortliche Sonderkasse der WVK.

Aufgabe der ZKW ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche Versorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Die gezahlten Renten werden jeweils am 01.07. eines Jahres um 1,0 % angepasst.

Die Finanzierung der Leistungen der ZKW erfolgt nach dem Abschnittsdeckungsverfahren. Die Höhe der Einzahlungen wird deshalb alle drei Jahre nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mindestens für einen zehnjährigen Zeitraum (gleitender Deckungsabschnitt) berechnet.

Die ZKW betrachtet jedoch tatsächlich versicherungsmathematisch die voraussichtliche Entwicklung in einem ewigen Deckungsabschnitt. Der Hebesatz beträgt derzeit 7,5 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. Bei dauerhafter Erhebung dieses Hebesatzes können bei den zugrunde gelegten Prämissen die Verpflichtungen der ZKW voraussichtlich dauerhaft erfüllt werden. Die an die ZKW geleisteten Zahlungen betragen in 2010 TEUR 609.

Wenn ein Mitglied die ZKW verlassen will, ist eine nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Ausgleichszahlung für die bei der ZKW verbleibenden Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Im Falle des Austritts der Sparkasse zum 31.12.2009 hätte die Ausgleichszahlung EUR 17,4 Mio betragen. Eine Angabe zu einer möglichen Ausgleichszahlung zum 31.12.2010 kann von der ZKW erst im dritten Quartal 2011 gemacht werden, da die entsprechenden versicherungsmathematischen Berechnungen zur Ermittlung des Ausgleichsbetrages erst durchgeführt werden können, wenn alle Jahresmeldungen der Mitglieder vorliegen und verarbeitet sind.

Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für folgende Posten der in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	73.419

Nachrangige Verbindlichkeiten

Unten aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten:

Betrag TEUR	Wäh- rung	Zinssatz %	fällig am	Außerordentliches Kündigungsrecht
211	EUR	2,90	08.04.2011	nein
198	EUR	2,90	08.04.2011	nein

Die nachrangigen Verbindlichkeiten von insgesamt TEUR 1.091, die im Einzelfall 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten nicht übersteigen, haben eine Durchschnittsverzinsung von 2,90 %. Sämtliche nachrangigen Verbindlichkeiten werden in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig.

Für von der Sparkasse zum Zwecke der Anerkennung als haftendes Eigenkapital eingegangene nachrangige Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr insgesamt Aufwendungen von TEUR 209 angefallen.

Die von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten können im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Sparkasse erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet werden. Sie sind für beide Vertragsparteien während der Laufzeit unkündbar. Eine Umwandlungsmöglichkeit in Kapital oder andere Schuldformen besteht nicht.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (in TEUR)

	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
<u>Aktivposten</u>				
Forderungen an Kunden	102	119	172	173
<u>Passivposten</u>				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	156	53	-	-

Fristengliederung (in TEUR)

	mit einer Restlaufzeit von					
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	mit unbestimmter Laufzeit	im Jahr 2011 fällig
Aktivposten						
3. Forderungen an Kreditinstitute						
b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	30.000	10.000	7.000	69.000		
4. Forderungen an Kunden	15.160	38.753	178.427	357.415	29.169	
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						15.038
Passivposten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	36.661	43.727	112.202	126.532		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	237	249	684	1.704		
b) andere Verbindlichkeiten						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	78.952	14.005	30.859	198		

Von dem Wahlrecht nach § 11 Satz 3 RechKredV, anteilige Zinsen nicht in die Fristengliederung einzubeziehen, haben wir Gebrauch gemacht.

C. Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinserträge bzw. Zinsaufwendungen aus Ab- bzw. Aufzinsung von Rückstellungen

In dem Posten Zinsertrag/Zinsaufwand sind TEUR 305 bzw. TEUR 433 enthalten, die auf die Ab- bzw. Aufzinsung der Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr zurückzuführen sind.

Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen entfallen auf die erstmalige Anwendung der Vorschriften des BilMoG, wovon der wesentliche Teil auf die Zuführungen zu Pensionsrückstellungen entfällt.

Periodenfremde Aufwendungen und Erträge

Aufgrund der erstmaligen Bildung von Rückstellungen für Sparverträge mit steigenden Zinsen ergab sich ein periodenfremder Zinsaufwand in Höhe von TEUR 254.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Etwa 19 % des ausgewiesenen Steueraufwandes entfällt auf Nachzahlungen für Vorjahre infolge einer Außenprüfung gemäß § 193 ff. der Abgabenordnung.

D. Sonstige Angaben

Konzernrechnungslegung

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, da das verbundene Unternehmen von untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ist.

Latente Steuern

Nennenswerte Unterschiede sind bedingt durch die in den Forderungen an Kunden verrechneten Vorsorgereserven sowie den unterschiedlichen Parametern in den Rückstellungen für Pensionen und andere Verpflichtungen.

Der Berechnung wurde ein Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und ein Gewerbesteuersatz von 14,10 % zugrunde gelegt. Mit Ausnahme der Differenzen bei den Personengesellschaften, für die lediglich der Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) relevant ist, macht der gesamte Ertragssteuersatz bei den übrigen Unterschieden 29,93 % aus.

Saldiert ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern, für den das Aktivierungswahlrecht nicht genutzt wurde.

Der Unterschied zwischen dem ausgewiesenen, auf der Grundlage der steuerlichen Regelungen ermittelten Steueraufwand und dem aus der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erwarteten Steueraufwand ist im Wesentlichen auf die Bildung von Vorsorgereserven zurückzuführen.

Marktrisikobehaftete Geschäfte

Die Sparkasse hat im Geschäftsjahr Devisentermingeschäfte abgeschlossen, die teilweise am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren. Die Geschäfte werden mit Kunden zur Deckung deren Bedarfs abgeschlossen. Es erfolgen unverzüglich währungsgleiche, fristen- und betragskongruente Gegengeschäfte, so dass hieraus offene Positionen nicht entstehen.

Zur Sicherung der sich aus Festzinspositionen ergebenden Zinsänderungsrisiken wurden Forward Rate Agreements abgeschlossen.

Die Arten und der Umfang der derivativen Finanzinstrumente, bezogen auf die Nominalwerte der zu Grunde liegenden Referenzwerte sind in folgender Aufstellung zusammengestellt:

	Nominalbeträge nach Restlaufzeiten			Nominalbeträge		
	bis 1 Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	insgesamt	Handels-geschäfte	Deckungs-geschäfte
Derivative Finanzinstrumente	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Währungsrisiken						
Devisentermingeschäfte	766	-	-	766	383	383
Zinsrisiken						
Forward Rate Agreements	40.000	-	-	40.000	-	40.000

Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente

Am Bilanzstichtag bestehen außerhalb des Handelsbestands sowie der in eine Bewertungseinheit einbezogenen derivativen Finanzinstrumente in folgendem Umfang noch nicht abgewickelte und nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente:

	Beizulegende Zeitwerte	
	positiv	negativ
Derivative Finanzinstrumente	TEUR	TEUR
Währungsrisiken		
Devisentermingeschäfte	9	9
Zinsrisiken		
Forward Rate Agreements	124	-

Die beizulegenden Zeitwerte der Devisentermingeschäfte wurden über die Bewertung fiktiver Gegengeschäfte (Glattstellungsfiktion) mit den von der EZB veröffentlichten Referenzkursen bewertet. Für die Forward Rate Agreements wurden die beizulegenden Zeitwerte über die Abzinsung der künftigen Zahlungen (Cash-Flows) unter Berücksichtigung von Pfandbriefrenditen ermittelt.

Wir haben die negativen und positiven Zeitwerte der derivativen Finanzinstrumente gleicher Art verrechnet.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Institutssicherung. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden.

Auf der Grundlage des verbindlichen Protokolls vom 24.11.2009 wurde mit Statut vom 11.12.2009 zur weiteren Stabilisierung der WestLB AG, Düsseldorf, die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, ist entsprechend seinem Anteil an der EAA von 25,03 % verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der EAA, die nicht durch das Eigenkapital der EAA ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von EUR 2,25 Mrd zu übernehmen. Indirekt besteht für die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Verband eine aus künftigen Gewinnen zu erfüllende Verpflichtung, die nicht zu einer Belastung des am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögens führt. Daher besteht zum Bilanzstichtag nicht die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung.

Für die mit der Auslagerung des Portfolios der WestLB AG auf die EAA verbundene indirekte Verlustausgleichspflicht wird die Sparkasse beginnend mit dem Jahr 2010 in einem Zeitraum von 25 Jahren Beträge aus künftigen Gewinnen bis zu einer Gesamthöhe von EUR 15,6 Mio im Sonderposten Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB ansparen, davon wurden zum 31.12.2010 EUR 0,6 Mio dotiert. Nach Ablauf von 10 Jahren findet unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Sofern künftig aufgrund der Verpflichtung eine Inanspruchnahme droht, werden wir in entsprechender Höhe eine Rückstellung bilden.

Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechneten Gesamthonorars gemäß § 285 Nr. 17 HGB

	TEUR
Abschlussprüferleistungen	134
andere Bestätigungsleistungen	16
Gesamtbetrag	150

Gesamtbezüge der Mitglieder der Sparkassenorgane

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten im Geschäftsjahr Gesamtbezüge in Höhe von TEUR 45. Die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands unterbleibt nach § 286 Abs. 4 HGB, weil sich aus einer solchen Angabe die Bezüge eines einzelnen Vorstandsmitgliedes annähernd verlässlich ableiten lassen.

Pensionsrückstellungen und -zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden TEUR 242 gezahlt; die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis betragen am 31.12.2010 TEUR 2.668.

Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat

Die Sparkasse hatte Mitgliedern des Vorstands zum 31.12.2010 Kredite in Höhe von TEUR 6 und Mitgliedern des Verwaltungsrats in Höhe von TEUR 1.313 gewährt.

Mitarbeiter/innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2010	2009
Vollzeitkräfte	132	131
Teilzeitkräfte	68	69
	200	200
Auszubildende	15	16
Insgesamt	215	216

Verwaltungsrat

<u>Vorsitzendes Mitglied</u>		<u>Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds</u>	
Josef Wilp	Rektor a. D.	Günter Thum	Oberstleutnant a. D.
		Horst Dewenter	Technischer Lehrer a. D.
<u>Mitglieder</u>		<u>Stv. Mitglieder</u>	
Horst Dewenter	Technischer Lehrer a. D.	Matthias Auth (bis 04.10.2010)	Vertriebsingenieur für Nutzfahrzeuge
		Dieter Fühner (ab 05.10.2010)	Dipl.-Sozialpädagoge
Andree Hachmann	Rechtsanwalt	Theodor Pompey	Selbstständiger Unter- nehmensberater i. R.
Alfred Holtel	Geschäftsstellenleiter bei der Arbeitsagentur	Jörg Niehoff	Angestellter Betriebswirt in der Wohnungswirt- schaft
Hermann-Josef Kohnen	Technischer Angestell- ter in der Energiever- sorgung	José Azevedo	Softwareentwickler bei einem Telekommunika- tionsunternehmen
Udo Mollen	Referatsleiter beim Bildungswerk des Lan- dessportbundes NRW	Falk Toczowski	Wissenschaftlicher Mit- arbeiter einer Bundes- tagsabgeordneten
Michael Reiske	Sozialoberinspektor bei einer Kommune	Jürgen Niemeyer	Selbstständiger Unter- nehmer für elektronische Verkaufsoptimierung
Jürgen Roscher	Kriminaldirektor	Günter Löcken	Bankkaufmann i. R.
Günter Thum	Oberstleutnant a. D.	Peggy Fehrmann	Marketingleiterin in der Energieversorgung
Paul Willers	Selbstständiger Unter- nehmer im Heizungs-, Klima- und Sanitärbe- reich	Johannes Havers (bis 30.08.2010)	Dipl. Ingenieur für Mess- und Eichwesen
		Udo Bonk (ab 05.10.2010)	Stabshauptmann a.D.
<u>Mitarbeitervertreter</u>		<u>Stv. Mitarbeiter- vertreter</u>	
Wilfried Grotke	Sparkassenangestellter	Johannes Hennigfeld	Sparkassenangestellter
Sonja Schievelkamp	Sparkassenangestellte	Manfred Wessels	Sparkassenangestellter
<u>Beratende Teilnahme</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Dr. Angelika Kordfelder	Hauptamtliche Bür- germeisterin	Werner Lütkemeier	Stadtkämmerer

Vorstand

Armin Tilly

Vorsitzender

Hans-Jörg Buschkühle

Mitglied

Rheine, 18. März 2011

Der Vorstand

Tilly

Sparkassendirektor

Buschkühle

Sparkassendirektor

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadtsparkasse Rheine für das Geschäftsjahr vom 01.01.2010 bis 31.12.2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Münster, 26.04.2011

Sparkassenverband Westfalen-Lippe

- Prüfungsstelle -

Harmann
Wirtschaftsprüfer